



# Schweif wedelt mit Hund

Föderalismus oder Zentralismus? Darüber diskutiert der Industrielle Hannes Androsch mit SN-Redakteur Alexander Purger.

ANDREAS KOLLER

Anlass für die Diskussion ist Purgers neues Buch „Nieder mit dem Zentralismus“. Er vertritt darin die These, dass Österreich mehr echten Föderalismus brauche.

**SN: Wie kam es zu der Idee zu diesem Buch?**

Purger: Ich wollte darauf hinweisen, dass das, was in Österreich als Föderalismus angesehen und teilweise zu Recht kritisiert wird, gar keiner ist. Wir haben bloß die Karikatur von Föderalismus: einen Bund, der formal für alles zuständig ist, sich dabei aber von den Ländern – genauer gesagt: von einigen Ländern – ununterbrochen dreinreden lässt.

**SN: Aber ist Österreich nicht zu klein für Föderalismus?**

Purger: Nein. Die Schweiz ist flächenmäßig halb so groß wie Österreich und ist in 26 Kantone unterteilt, die einen überaus erfolgreichen Föderalismus praktizieren.

Androsch: Der Unterschied ist, dass die Schweiz eine äußerst substanzvolle Form der direkten Demokratie betreibt. Wenn man die Schweiz als Vorbild nimmt – was ich in wirtschaftlichen Fragen sehr gern tue –, muss man das Gesamtkunstwerk der Eidgenossenschaft betrachten und sich nicht einzelne Mosaiksteine herauspicken, wie das der Bundeskanzler getan hat, als er in die Schweiz fuhr, um die Vermögenssteuer zu besichtigen.

Purger: Da haben Sie völlig recht. Echter Föderalismus muss mit direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung einhergehen. Je näher die Entscheidungen beim Bürger getroffen werden, desto kostengünstiger sind sie und desto eher ist der Bürger bereit, sie mitzutragen.

**SN: Wie sehen Sie das?**

Androsch: Das größte Problem unseres politischen Systems ist der Parteienföderalismus: Die Landesparteien genehmigen sich über die Landesbudgets ein Vielfaches an Parteienförderung, als dies die Bundesparteien tun. Durch dieses materielle Übergewicht haben die Landesparteivorsitzenden das Sagen und nicht die Bundesparteivorsitzenden. Dazu kommt, dass die Landesparteien auch über das Personal auf Bundesebene disponieren. Das ist die Wurzel für die Fehlentwicklung unseres Bundesstaates. Bei uns

schafft die Landeshauptleutekonferenz an, die gar nicht in der Verfassung steht, sodass der Schweif mit dem Hund wedelt.

Purger: Tatsächlich haben die Landesparteien – einige Landesparteien! – ein Übergewicht gegenüber den Bundesparteien. Das ist eben die Karikatur des Föderalismus. In einem echten föderalen System sind die Ebenen punkto Kompetenzen, Aufgaben und Personal klar getrennt. Bei uns bestimmen die Landesparteien mit Kandidatenlisten, wer im Nationalrat sitzt. Und sie entscheiden, wer in der Regierung sitzt. Damit gilt der erste Gedanke der Nationalratsabgeordneten und der Regierungsmitglieder nicht dem Wohl des Bundes, sondern den Interessen des Landes, dem sie ihr Amt verdanken. Das heißt: Österreich hat eigentlich kein Gremium, das reine Bundespolitik betreibt.



„Die Länder vernichten Geld.“

Hannes Androsch, Industrieller

**SN: War das zu Ihrer Regierungszeit auch schon so?**

Androsch: Nein, das hat sich seit der Zeit, als ich in der Regierung war, massiv zum Schlechteren verändert. Die Länder haben ein Übergewicht bekommen. Und sie haben zusätzliche Aufgaben erhalten wie den Katastrophenfonds oder die Bundesstraßen, die wir in Bundesverantwortung errichtet haben und die jetzt in Landesverantwortung nicht ordentlich repariert werden. Das Schlimmste ist aber der Pflichtschulbereich: Da kriegen die Länder einen Haufen Geld und das Ergebnis ist eine Katastrophe.

**SN: Aber was wäre die Lösung?**

Purger: Ein echter Föderalismus mit einer Steuerautonomie der Länder. Derzeit nimmt der Bund die Steuern ein und gibt den Ländern einen wachsenden Teil des Geldes, das sie dann ausgeben. Müsstes die Landespolitiker selbst Steuern einheben, würden sie viel sparsamer mit dem Geld umgehen.

Androsch: Wir haben einen Einnahmen-Zentralismus und einen Ausgaben-Föderalismus. Ein Wifo-Forscher hat das die organisierte Ver-

antwortungslosigkeit genannt. Die Länder sind zu einer Geldvernichtungsmaschinerie geworden.

Purger: Eben, deswegen müssen die Anreize neu gesetzt werden. Derzeit wird ein Landeshauptmann umso eher wieder gewählt, je mehr Geld er für sein Land aus dem Bankomaten Bund herausdrückt. Bei einer Finanzautonomie der Länder müsste er für die Höhe der Steuerbelastung geradestehen und hätte umso größere Chancen auf die Wiederwahl, je sparsamer er mit dem Geld umgeht und je weniger Steuern er einhebt. Man würde sich wundern, wie sich die Politik der Länder plötzlich ändern würde.

**SN: Herr Dr. Androsch, trauen Sie den Ländern ein solches Umdenken zu?**

Androsch: Ich erzähle Ihnen ein Beispiel: In der Stadt Salzburg hat ein Bekannter von mir ein schönes Haus in Hanglage. Zu dem Haus gehört eine Wiese. Das Land bietet ihm eine Subvention, wenn er sie mähen lässt, die Stadt bietet ihm eine Subvention, wenn er sie nicht mähen lässt. Also so viel zur Effizienz der Länder. Oder nehmen Sie die Spitäler. Die sind Landessache, aber das Geld dafür holen sich die Länder über eine 15a-Vereinbarung vom Bund. In dieser Vereinbarung ist eine Qualitätskontrolle vorgeschrieben. Aber diese Qualitätskontrolle gibt's nicht!

Purger: Das ist ja eben das Problem unserer Föderalismus-Karikatur: Es gibt keine klare Aufgabenverteilung. Laut dem Subsidiaritätsprinzip, wie es im EU-Vertrag steht, sollen die staatlichen Aufgaben auf der niedrigstmöglichen Ebene gelöst werden. Erst wenn die untere Ebene überfordert ist, wird die Aufgabe an die nächsthöhere Ebene übertragen. Nach diesem Modell müsste der Bund die Regeln vorgeben und ihre Einhaltung kontrollieren, das Tagesgeschäft aber den Ländern und Gemeinden überlassen. Bei uns ist es so, dass sich die Ministerien in Alltagskram verzetteln. Man muss sie entlasten, damit Österreich wieder so etwas wie eine strategische Führung bekommt.



BILD: SN/STOCK/MBEIMER

Androsch: Ich sage nur: Siehe Landeshypothekenanstalten mit Ausnahme Vorarlbergs, siehe verzockte Wohnbaugelder, siehe das Versagen der Länder bei der Gemeindeaufsicht, was dazu geführt hat, dass ein Drittel der Gemeinden pleite ist. Wo ist da die Effizienz der Länder?

Purger: Noch einmal, ich verteidige nicht die Auswüchse des heutigen Systems. Aber was gibt es für Alternativen? Es gibt nur zwei: Alternative eins ist eine neue Bundesverfassung mit einem Zentralstaat Österreich. Das halte ich für absolut unrealistisch und auch in keiner Weise für wünschenswert. Alternative

**„Wir haben die Karikatur von Föderalismus.“**

Alexander Purger, SN

zwei ist, den Scheinföderalismus mit Leben zu erfüllen, was eine Steuerhoheit der Länder erfordert.

**SN: Was halten Sie von der Idee einer Finanzautonomie?**

Androsch: Die Länder haben doch keinen Finanzapparat! Haben wir dann zwei Finanzapparate oder wie soll das funktionieren?

Purger: Das ist doch technisch kein Problem. Auch die ORF-Gebühren werden je nach Bundesland mit unterschiedlichen Länderzuschlägen eingehoben. Genau so könnte das im Steuersystem passieren: Der Bund nimmt seinen Teil der Steuern ein und gibt den Ländern eine Bandbreite vor, innerhalb der sie Steuerzuschläge einheben können oder auch nicht. Dadurch entsteht ein Wettbewerb zwischen den Bundesländern und mehr Sparsamkeit.

Androsch: Das Subsidiaritätsprinzip ist doch bei uns auf den Kopf gestellt, und das funktioniert offensichtlich nicht. Wir verbrennen Geld, weil die Länder um unnötige Bezirksgerichte, unnötige Kleinstschulen und unnötige Kleinspitäler kämpfen und sich bei den Kasernenstandorten einmischen.

Purger: Da bin ich ganz anderer Meinung. Wer Kleinstschulen in entlegenen Regionen zusperrt, zwingt junge Familien zur Abwanderung und lässt ganze Landstriche veröden. Das kann nicht wirklich das Ziel von Politik sein.

Androsch: In Hainburg und Kittsee stehen fast in Sichtweite zwei Spitäler, nur weil eine Landesgrenze dazwischen liegt. Und jeder Landeshauptmann pocht auf seine Militärmusik. Also wer mir erzählt, dass Föderalismus vorteilhaft für die Menschen und billiger ist als Bundeseinrichtungen, ist im Irrtum.

Purger: Genauso absurd ist es, dass Wiener Beamte zur Begutachtung der Wildbachverbauung nach Vorarlberg reisen. Und mit Verlaub, ich sehe nicht die überragende Genialität der Bundespolitik im Vergleich zu jener der Länder. 90 Prozent der Staatsschulden hat der Bund angehäuft, nicht die Länder.

Androsch: Ich akzeptiere den Bundesstaat und die identitätsstiftende landsmannschaftliche Einrichtung der Bundesländer, auch wenn diese sehr viel mit der Familiengeschichte der Habsburger zu tun haben. Aber wir leben im 21. Jahrhundert. Und wir haben heute eine mittelbare Bundesregierung unterhalb der Landeshauptleutekonferenz. Das kann es ja wohl nicht sein.

## Nieder mit dem Zentralismus!

Unter diesem Titel setzt sich SN-Redakteur Alexander Purger in seinem Buch mit Föderalismus und Zentralismus auseinander. Es ist der dritte Band der „Streitschriften“-Serie des Leykam-

Verlags. Zuvor erschienen „Schaff die Politik ab!“ von Andreas Unterberger und „Iss oder stirb (nicht!)“ von Martina Salomon.

